

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

24 (29.1.1917)

15. Januar den bewaffneten englischen Tauchdampfer „Garfield“ (3838 Brutto-Registertonnen) mit einer Ladung Kohle und Öl von Malta nach Port Said versenkt. Der Kapitän des Dampfers „Garfield“ wurde gefangen genommen.

Ein deutsches Unterseeboot hat am 25. Januar etwa 250 Seemeilen östlich von Malta einen östlich steuernden, bewaffneten feindlichen Truppentransportdampfer, der von einem französischen Torpedoboot geleitet wurde, durch Torpedoschuß versenkt. Der mit Truppen vollbesetzte Dampfer sank nach zehn Minuten.

Englische Blockade-Erklärung über die Nordseebuchst.

Kopenhagen, 27. Jan. Eine englische Note kündigt die Blockierung der deutschen Nordseebuchst einschließlich eines Teiles von Dänemark und Holland an. Die Note wurde hier erst nachmittags bekannt. Sie ist dem dänischen Gesandten in London vorgestern abend mitgeteilt worden, nachdem sie vorher der norwegischen Regierung zugeht und von dieser bereits am Donnerstag veröffentlicht worden war. Das norwegische „Dagbladet“ schreibt über die englische Maßnahme: Das Fahrwasser, das England unsicher machen wird, bildet den nördlichen Abschluß der Gullenbuchst und erstreckt sich bis zur Höhe von Ringebing. Es liegt also innerhalb der Zone. Inwiefern wird Holland in viel höherem Grade betroffen, wie Dänemark. Für Norwegen hat die Maßnahme nur Bedeutung im Hinblick auf den Verkehr mit Rotterdam, der aber zurzeit nicht groß ist. Die Absicht der englischen Unternehmung, die in der Hauptstadt wohl in der Auslegung von Minen bestehen wird, ist augenscheinlich der Versuch, die deutschen U-Boote an der Ein- und Ausfahrt zu hindern. Ueber den Einfluß dieser Blockade auf die deutsche Schifffahrt schreibt „National-Zeitung“, daß keine Bedeutung zu erwarten sei, da die Englandfahrten von Ostberg schon jetzt auf einem Umweg über Danholm über die nordenglische Küste vor sich gehen.

Das Seegefecht in Hoofden.

Deutscher Erfolg — englische Lüge.

Berlin, 27. Jan. (WZ. Nicht amtlich.) Die Stilleheit der englischen Nachrichten stand immer im Verhältnis zur Größe englischer Niederlagen. Wie nach der Seeschlacht vor dem Tagerrat verjagte die Engländer auch jetzt ihre Niederlage im Seegefecht in den Hoofden in den Augen der Neutralen und ihrer Bundesgenossen mit Hilfe schamloser Lügen zu einem Erfolge zu heucheln. Die Pointe der offenbar von der englischen Admiralität bestellten Korrespondenten lautet dabei folgende: Mit jedem Tage wächst die Zahl der angeblich untergegangenen deutschen Torpedoboots; sie ist heute schon auf sieben hinaufgelockert. Tatsache ist, daß kein einziges deutsches Torpedoboot bei dem Gefecht oder nachher verloren gegangen ist, und außer dem nach Ymuiden wegen Stenot eingelaufenen „B 89“ und dem Boot, welches ein englisches durch Manövern vernichtete, kein deutsches Torpedoboot irgend einen Schaden davontrug. Dagegen sind zweifelslos zwei englische Zerstörer verloren.

Der eine ist in der Nacht zum 28. Januar durch ein deutsches Torpedoboot auf kürzester Entfernung durch ein Torpedo getroffen worden und, wie die Besatzung dieses Torpedoboots ausfragt, sofort wie Staub auseinandergefliegen. Der zweite englische Zerstörer ist am nächsten Morgen mit schließendem Verschuß, von der Besatzung verlassen und in sinkendem Zustande von einem deutschen Flugzeug einwandfrei beobachtet worden. Nichts kann die deutsche Marine stolzer und siegesfroher machen, als der englische Eindruck und die englische Art der Nachrichtenverbreitung von Zusammenstößen der deutschen mit der englischen Marine. Sie steht daraus, wie unsäglich es den Engländern ist, daß die nur halb so starke, jung in den Krieg gegangene deutsche Marine ihnen immer wieder neue Niederlagen beibringt. Sehr bezeichnend für die außerordentlich hohe Einschätzung der deutschen Marine seitens der Engländer ist jetzt wieder ihre Behauptung, daß es sich in den Gewässern der Hoofden um zwei größere Gefechte handelte. Ein einziges verprengtes deutsches Torpedoboot erreichte also durch seine tapferen und geschickte Führung bei den Engländern den Eindruck, als hätten sie sich mit einer ganzen Flotte herumgeschlagen. In die ganze englische Veröffentlichungspolitik paßt denn auch hinein, daß die Engländer bei dem letzten Vorstoß unserer leichten Streikräfte gegen die englische Küste bei Southwold, der 72 Stunden nach dem angeblichen britischen Siege bei den Hoofden stattfand, nur ein einziges deutsches kleines Kohlenboot gesehen haben wollen. England arbeitet bei der Wegnahme der Neutralen in erster Linie mit dem Prestige seiner Seemacht. Es steht aber schief, wenn dieses Prestige, und da die Tatsachen es immer wieder erschüttern, muß die Lüge in immer krasserer Form gehalten.

Das südl. Reuter-Dementi.

Amsterdam, 27. Jan. (WZ. Nicht amtlich.) Das Reuter'sche Büro telegraphiert aus London: Der letzte Angriff auf die Ostküste sei, wie die bisherigen, völlig erfolglos gewesen. Das Schiff sei zwischen 11 Uhr und Mitternacht erschienen, habe Granaten abgefeuert und sei dann verschwunden. Die ganze Sache habe drei Minuten gedauert.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Geldverlust im Weltkriege.

Nach einer Zusammenstellung von Paul Otto Ebe in der „Geschichte des Weltkrieges“ veranschlagt der Krieg bis zum 31. März 1916 die unsägbare Summe von 160 Milliarden Mark.

Die Friedensgruppe der französischen Sozialisten.

WZ. Paris, 27. Jan. (Savas.) Die Kammergruppe der unifizierten Sozialisten, die aus 80 Mitgliedern besteht, hat heute eine Tagesordnung angenommen, welche die Botschaft Wilsons mit Freuden begrüßt. Die Auffassung von einem Frieden, der sich auf den freien Willen der Völker und nicht auf Waffengewalt gründe, sei eine Auffassung, die eine Erbschaft der französischen Revolution darstelle. Sie müsse die Charta des zivilisierten Weltalles werden. Die Tagesordnung protestiert gegen die imperialistischen Bestrebungen und verlangt von der französischen Regierung, daß sie sojald ihre Uebereinstimmung mit den Worten Wilsons verleihe. Die Tagesordnung schließt, indem sie die Vertreter aller kriegsführenden Nationen auffordert, um die Zukunft einer friedlichen Zivilisation sicher zu stellen, einen Druck auf ihre Leiter auszuüben, damit der edle Versuch, welcher der Menschheit durch Wilson angeboten worden sei, endlich unternommen werde.

Ein „Sieg“ der Entente.

London, 27. Jan. „Daily Chronicle“ meldet aus Athen, daß die griechischen Meder den Vorschlag der Alliierten, die griechischen Schiffe zu chartern, angenommen haben. Wegen der Transatlantischen Schiffe wird ein besonderes Abkommen getroffen werden.

Sassanow Botschafter in London.

Petersburg, 27. Jan. Petersb. Tel.-Ag. Die Ernennung Sassanows zum Botschafter in London ist amtlich bekannt gegeben worden.

Im Einverständnis mit Wilson.

Newport, 23. Jan. (Zuspruch vom Vertreter des WZ.) Außer so bekannten Parteigängern der Alliierten wie „Sun Tribune“ und „Newport Herald“ stimmt die Masse der führenden amerikanischen Blätter vollständig mit Wilsons Botschaft an den Senat überein. Einige unterzeichnete seine Botschaft für den Botschafter vollständig, andere erkennen seine edlen Ziele an, bezweifeln aber mehr oder weniger ihre praktische Durchführbarkeit. Selbst die alliiertenfreundliche „Newport Times“ spendet der Botschaft warmes Lob und nennt sie Wilsons bedeutendste Rede. Das Wort findet es bezeichnend, daß den kriegsführenden zu verstehen gegeben wird, daß bei der großen Abrechnung am Ende des Krieges die amerikanischen Ansichten befragt werden und die amerikanischen Interessen vertreten sein müssen. — „Newport Herald“ sagt: Wilson vertritt die großen Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit, auf denen einzig ein dauerhafter Friede möglich ist. — „Newport American“ sagt: Der Präsident spricht die Wahrheit. Es darf keine Beherrschung der Meere mehr geben und nie wieder darf von den Neutralen verlangt werden, sich der unerträglichen Unverschämtheit zu unterwerfen, die das Kennzeichen der Haltung der kriegsführenden gegenüber dem Handel der Neutralen untereinander und mit den kriegsführenden gewesen ist. — „Washington Post“ schreibt: Wilsons Freimut bei der Aufdeckung von Tatsachen werde die europäischen Diplomaten in Entzweiung setzen, aber wahrscheinlich würden sie in ihrem inneren Herzen zugeben, daß er für den zukünftigen Frieden einen Plan entworfen hat, der den Beitritt aller Nationen ermöglicht. — „Baltimore Sun“ meint, daß die frühe Annahme, daß der Friede, um dauerhaft zu sein, ohne Sieg kommen müsse, beide Teile der streitenden Mächte erregen werde, aber das Blatt ist sicher, daß keine der beiden Seiten diese Annahme unbeachtet lassen könne.

Washington, 20. Jan. (Durch Zuspruch vom Vertreter des WZ.) Die Zeitungen des Westens beurteilen jetzt die Antwortnote der Entente an Wilson sehr viel weniger günstig als die Zeitungen im Osten der Union. Besonders bemerkenswert ist ein Leitartikel des „Cincinnati Enquirer“, der sagt: Die neutrale Welt befißt jetzt die offizielle Mitteilung, daß die Entente den Krieg nicht führt, um die Zivilisation zu retten und um das unerträgliche System einer militärischen Regierung zu stürzen; vielmehr handelt es sich, wie ehedem, um einen Raubzug um Erwerb von Land. Die Zeitung erörtert die territorialen Aspirationen der verschiedenen Entente-Länder und weist darauf hin, daß die Entente, indem sie vorgibt, den Frieden Europas aufrecht zu erhalten, danach strebt, die deutschen Armeen zu entzweifeln. Dabei findet man aber bei der Entente nirgends das Versprechen, daß sie auch ihrerseits entweder zu Wasser oder zu Lande zu demobilisieren beabsichtigt. Der Artikel schließt: Es ist erschreckend, daß man endlich einmal die langatmigen und sentimentalischen Redensarten über einen Krieg zur Verteidigung des Christentums und über die Opfer der Entente für die Freiheit nicht mehr zu hören braucht. Was wir sehen, ist der altmodische Krieg um der Eroberung willen. Sonst würde Italien nicht an dem räuberischen Unternehmenseingehen, nach würde sonst Rumänien mit Aufbruch gemeinliche Sache machen, das wahrscheinlich ist vor Freude über die erhoffte Verwirklichung seines jahrelangen Traumes der Kontrolle Konstantinopels.

Der Ruf nach Freiheit aus Indien.

WZ. Kopenhagen, 27. Jan. (Nicht amtlich.) Das Exekutiv-Komitee der indischen Nationalpartei (europäische Neutralen) hat an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgendes Telegramm gerichtet:

Herr Präsident! Im Namen von 315 Millionen unterdrückten Völkern Indiens machen wir Ihnen unsere Dankbarkeit auszusprechen für Ihre jüngst an den Senat gerichtete Botschaft, in der Sie mit Mut und erhabenem Idealismus die Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit vertreten haben, in dem Sie als notwendige Bedingungen eines dauernden Weltfriedens für jede Nation das Recht forderten, ihre eigene Regierungsform und ihren eigenen Weg in ihrem Entwicklungsgang zu bestimmen. Ueber ein Jahrhundert lang war unser unglückliches Land das Opfer einer rücksichtslosen Plünderung und Ausbeutung durch England. Dieses einst wegen seiner Reichümer, seiner moralischen Größe und geistigen Errungenschaften berühmte Land ist unsäglich erschüttert und in den Zustand dauernder Verarmung, des Hungers und völligen moralischen und geistigen Stillstandes versetzt worden. In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, die Sie vertreten, nach welchen kein Volk das Recht haben soll, seine Herrschaft irgend einem andern Volk aufzuerlegen, fordern wir, daß Indien vom englischen Joch befreit und daß ihm Gelegenheit gegeben wird, seinen rechtmäßigen Platz im Kreise der andern Nationen einzunehmen. Die Engländer haben die Welt irregeführt, indem sie ausschließlich Behauptungen indischer Goldlinge, Anekdoten und Schlophanten, die Verräter ihres Vaterlandes sind, veröffentlicht haben, indem sie als Beweis für Indiens Teilnahme den gewaltigen Tribut an Männern und Geld darstellten, den man dem hungernden unwilligen Volke erpreßt, das um der selbstsüchtigen Interessen Englands willen sich zu Tode verblutet. Wir möchten hierdurch unsern Protest kundgeben und der unterdrückten Stimme der Verfolgten Indiens Ausdruck verleihen. In Ihrer jüngsten Botschaft an den Senat treten Sie für die völlige Freiheit der Nationen ein. Während Ihrer ersten Amtsperiode haben Sie erklärt, daß Ihre Regierung bereit sei, allen unterdrückten Nationen in ihrem Streben nach Freiheit die hilfreiche Hand zu leisten. Wir hoffen ernstlich, daß Sie jetzt Ihrem eigenen Worte Wirkung verleihen und Ihre mächtige Stimme für die leidenden Millionen Indiens erheben werden. Wir erklären, daß ohne ein freies, unabhängiges Indien es keinen dauernden Weltfrieden geben kann.

Die Tilgung der Kriegsschuld.

Abg. Gothein veröffentlicht in der „Silbe“ einen sehr beachtenswerten Artikel über die Tilgung der Kriegsschuld. Daß diese Schuld nicht schwebend bleiben kann, sondern so rasch als möglich getilgt werden muß, darüber besteht Uebereinstimmung. Wie groß die Schuld letzten Endes sein wird, läßt sich heute noch gar nicht übersehen, denn zu den Kriegsschulden des Reiches kommen noch die Aufwendungen der Einzelstaaten und der Gemeinden. Herr Gothein sagt: „All die Berechnungen, die vor anderthalb oder einem Jahr aufgemacht worden sind, wie nach Friedensschluß die Kosten ge-

tragen werden sollen, die der Krieg uns hinterläßt, sind hinlänglich geworden. Denn nicht nur die Schuldenlast des Reiches erhöht sich mit jedem weiteren Monat um zwei Milliarden Mark — und mit der verstärkten Waffen- und Munitionsherstellung und der Durchführung des Vaterländischen Hilfsdienstes werden die Kosten noch wachsen —, sondern auch die Renten an Hinterbliebenen Gefallener wie an Kriegsgeschädigte steigen täglich mit deren zunehmender Zahl. Die allgemeine Ruierung, die zudem mit Kriegsende nicht gleich verschwinden wird, ist für Reich wie Einzelstaaten und Gemeinden zu Teuerungszulagen an die Beamten. Dazu kommt, daß die Eisenbahnen nach Friedensschluß sehr beträchtliche Aufwendungen für Ersatz abzugeben haben wie rollenden Materials machen müssen; denn dieser Ersatz während des Krieges ist ganz außergewöhnlich und an Reparaturarbeiten wird jetzt nur das gemacht, was un-aufschiebbar ist. Einzelstaaten wie Gemeinden sind während des Krieges schließlich ebenfalls genötigt, Geld zu borgen, und je länger der Krieg dauert, umso mehr. Mit Friedensschluß muß die Anteilhaftigkeit ein Ende nehmen, müssen Zinsen und Tilgung aus Tausenden Entnahmen bestritten werden, und diese müssen durch direkte und indirekte Steuern, Verkehrsabgaben und Bölle vom Volk aufgebracht werden. Reichsmonopole — deren Erträge übrigens ganz enorm überhöht werden — sind letzten Endes auch indirekte Steuern.“

Zur Deckung empfiehlt Abg. Gothein Steuern auf Rohstoffe und sonstige Kraftquellen, ferner eine Kartellsteuer, die Zwangskartelle zur Vorauszahlung haben würde und endlich eine einmalige starke Vermögenskonfiskation. Diese Abgabe wäre zu staffeln und hätte zu beginnen mit 5 v. H. bei Vermögen schon von 1000 Mark, um bei großen Vermögen bis auf 25 v. H. anzufleigen. Diese Vermögensabgabe würde einen Ertrag von 45 Milliarden ergeben, bei einem steuerlich fahrbaren Vermögen von 300 Milliarden Mark. Das Reich würde damit von vornherein pro Jahr zweieinhalb Milliarden an Zinsen sparen.

Damit wären aber noch immer nicht die Kriegsschulden des Reiches völlig getilgt und die Aufwendungen an Verlorenengeldern bis auf 4 Milliarden im Jahre oder zu niedrig, als zu hoch eingeschätzt werden dürfen, werden nach wie vor aus laufenden Steuermitteln gedeckt werden müssen.

Die Kanzlerfronde rührt sich wieder.

Das neueste Flugblatt der Kanzlerfronde führt eine ungewöhnlich fräftige Sprache; die Ausführungen von Rapp und Junius Alter waren dagegen ein sanftes Säusen. Das Papier ist so gut, daß ein Zeitungsmann von heute bei diesem Anblick von Reid erfassen und auf eine ungewöhnliche Zahlungsfähigkeit der Herausgeber schließen muß. Der Umschlag ist von gleicher Güte. Die Verfasser sind natürlich nicht angegeben, doch aus welcher Ecke der Wind pfeift, läßt sich vielleicht aus folgendem Rufus erkennen:

Der Jude und der Sozialdemokrat regiert heute in Deutschland. . . Die landfälligen Geschlechter, die alten Offiziere und Beamtenfamilien, alles, was in Land und Stadt nationalen Sinn in vortrefflicher Weise hat, . . . sind beiseite geschoben und an die Wand gedrückt. Mit verheerendem Horn und grollender Faust stehen sie machtlos da, weil ein sie hindert, dem volksverderbenden Kanzler an die Röhle zu springen. Und dies eine ist die alte Sozialität (!), selbst in diesem Schädling doch immer noch den Ministern des Königs zu sehen. Dar-über kann Land und Volk verlorengehen.“

Von sonstigen Titulaturen des Reichskanzlers nennen wir „Dilettant auf dem Kanzlerstuhl, der sich in albernen Menschheitsbänen berauscht“, „größter Schäbbling des deutschen Volkes, der uns am Siege hindert“. Weiter heißt es, das jammervolle Gebeule um Frieden habe alle militärisch errungenen Vorteile immer wieder zugunsten der Feinde auszuliefern, der Kanzler sei bei der Kriegserklärung Englands unter Tränen zusammengebrochen, schließlich habe er ein allgemeines Friedensangebot augenscheinlich nach Scheidemantelmuster gemacht und dann kommt der Glanzpunkt:

„Was Wunder, daß hier und dort ein Flüster durch das Land ging, der Kanzler sei durch England gewonnen, dem er jedenfalls die besten Dienste geleistet hat, während er das eigene Vaterland nur schädigte.“

Wenn es in dieser ernsten Zeit noch „gebildete Kreise“ gibt, die solchen erbärmlichen Ausweichtouren für „deutsche“ oder gar „nationale Politik“ ausgeben, dann mögen wir beruhigt über die Zukunft sein — dann ist für Deutschland eine ernste und wirtschaftlich orientierte Arbeiterbewegung als politische Gegenmacht unentbehrlich. Wir müssen nur die Gunst dieser Verhältnisse verstehen und benutzen können!

Aus der Partei.

Im Zeichen der Neuorientierung.

Die Minderheitspresse hält sich darüber auf, daß Genosse Anton Fendrich in der Kirche in Mühlheim a. M. auf Einladung des Pfarrers Dr. Fuchs einen Vortrag über „Krieg, Arbeiterbewegung und Kirche“ halten wird. Die Kirche habe sich dabei gar nicht „neuorientiert“. Aber der Fendrich hat noch viel Schlimmeres getan, er hat einen Kalender herausgegeben, in dem die Bibelstellen verzeichnet stehen, über die an jedem Sonntag gepredigt wird. Für Feufel, wie kann man bloß! Wir begreifen — bemerkt dazu die Chemnitzer „Volksstimme“ — die Enttäuschung, mit der die ganze Minderheitspresse schreibt: „Eine feine Sozial-Neuorientierung für einen Sozialdemokraten!“

Wer hat sich nun aber eigentlich neu orientiert? Pfarrer Fuchs in Mühlheim hat uns schon ein Jahrzehnt vor dem Kriege auf den evangelisch-sozialen Kongressen über wirtschaftliche Fragen Reden gehalten, deren sich kein Sozialdemokrat hätte zu schämen brauchen. Fendrich hat uns schon ein Jahrzehnt vor dem Krieg immer wieder erklärt, daß er religiös gestimmt sei und nicht glaube, daß die Masse der Menschen ohne religiöses Ideal Befriedigung finden könne; daß er katholisch ist, brauchte ihn überhaupt zu hindern, mit dem evangelischen Pfarrer zusammenzutreten. Neu ist also an der ganzen Weisheit eigentlich nur, daß die Opposition plötzlich Religion nicht mehr als Privatangelegenheit lassen will, wie wir das bisher ehedem argwähnten und gehalten haben. Wir glauben schon heute sagen zu können, daß die Sozialdemokratie diese Sorte von Umkehrerei nicht mitmachen wird. Es ist keinem Parteigenossen verboten, in die Kirche zu gehen oder in der Kirche zu reden, wenn er dabei seine innere Befriedigung zu finden glaubt.

Zwanzig Jahre Ausgleich.

Nach übereinstimmenden Meldungen der großen Nachrichtenpresse steht der Abschluß des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn für zwanzig Jahre wie bisher fest und wie auch das Gesetz vorschreibt, für zehn Jahre bevor. Wenn die weiteren Mitteilungen über den Inhalt des Ausgleichs zutreffen — und das ist sehr wahrscheinlich — so wird er in Österreich sehr wenig Freude erwecken. Danach soll der ungarische Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben, der das vorige Mal mit Ach und Krach um 2,4 Prozent erhöht worden war, im Laufe dieser 20 Jahre wieder auf 34 Proz. abgebaut werden, während das Verhältnis der Volkszahl ungefähr das von 80 : 40 Prozent, das des politischen und wirtschaftlichen Einflusses aber mindestens das umgekehrte ist. Die im Jahre 1902 ganz kolossal erhöhten Viehzölle sollen bezüglich erhöht werden, was die trübsamen Aussichten für den Export der enormen Verringerung der Viehbestände und für die Fleischvermehrung nach dem strengen Ertrag, aber natürlich den ungarischen Viehzüchtern sehr willkommen sein wird. Obgleich nach allen Zeugnissen Ungarn ungleich weniger für die österreichische Volksernährung tut, als es tun könnte, wird Ungarn dies auch für die Massen seines eigenen Volkes als „Entschädigung“ durchzusetzen verstanden haben. Zur Bestätigung wird in dazu sicherer offiziellen Verlautbarungen im „Berliner Tageblatt“ gesagt, daß die Erhöhung der Viehzölle im autonomen Zolltarif nicht maßgebend sei, sondern das seien erst die Sätze in den zu vereinbarenden Handelsverträgen. Davon sagt man aber nichts, was es für Handelsverträge sein werden, die man mit dem Hochschußkolon im Norden vereinbaren können! Weiter heißt es, daß die früher unmöglich gewesene Einfuhr lebender Schweine den Bedürfnissen entsprechend möglich sein wird. Diese Schweine können logischerweise nur vom Balkan kommen, also durch Ungarn, das handelspolitisch im Sinne der eigenen Schweinezüchter verankert wird. Nun werden sie ein Bedürfnis nach der Einfuhr lebender Schweine haben? Dafür aber bietet Österreich, wie angekündigt wird, eine Kompensa'on auf dem Gebiete der Eisenbahntarife. Die Sache liegt nämlich so, daß der einzige Trumpf den Österreich in der Hand hat, die durch österreichische Gebiete führende Eisenbahnverbindungen zwischen Ungarn und Deutschland ist. So kurz diese Strecke ist, so konnte man dort durch ihre Tarife, wenn man wollte, auf ungarische Planereien antworten. Da aber die jetzige I. A. Regierung bekanntlich an die Stelle Nordbergs trat, der den Sargischen Ausgleich nicht schließen wollte, so ist es schon möglich, daß sie dies Mittel aus der Hand gibt. Von irgend einer Mitwirkung des Reichsrats bei der Gesetzgebung, oder wie der österreichische Ausdruck lautet, „Perfektionierung“ des Ausgleichs ist mit keinem Wort die Rede. Er wird schon so sein, daß man ihn im Reichsrat schwerlich durchbringen würde!

Ausland.

Ein Anruf der Schweizer Architekten und Ingenieure.
 Zürich, 27. Jan. Der Vorstand des Vereins Schweizer Architekten und Ingenieure hat an alle Bundesräte, sowie an die Direktoren großer Bau- und Maschinenbau-Anstalten, der zur Abwendung einer Notlage unter T. Anrufen und Ingenieuren für eine V. Leistung der Bauarbeiten gebietet.
 Es wird in dem Anruf darauf aufmerksam gemacht, daß eine Reihe von projektierten Bauten nicht in Angriff genommen werden, als unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs sich Sündenböcke zeigen, die heute zum Teil überwunden sind. In die h. n. Kräfte im Lande zu erhalten und nicht eine vollkommene Stagnation von Handel und Gewerbe einzutreten zu lassen, empfiehlt der Verein nachdrücklich, die projektierten Bauten in Angriff zu nehmen, neue Wettbewerbe einzulassen, Vorarbeiten auszuführen.
 Auch im Interesse der Bauwirtschaft würde sich die Aufnahme der Anregung des Vereins sehr empfehlen.

Die Kriege Englands.
 In den letzten 78 Jahren hat England alles in allem ungefähr 41 Kriege und militärische Aktionen ausgeführt:
 Gegen Afghanistan in den Jahren 1838, 1840, 1848, 1878; gegen China 1841, 1848, 1856, 1860; gegen die Kaffern 1845, 1851, 1877; gegen Birma 1850, 1852, 1877; gegen Persien 1852; gegen Rußland 1854; gegen Englisch-Indien 1850, 1860, 1863, 1868, 1869, 1890, 1895, 1897; gegen die Afghanen 1864, 1873, 1896; gegen A. beffinien 1867; gegen die Zulus 1878; gegen die Basutos 1879; gegen Südafrika 1881, 1899; gegen Sanjibar 1890; gegen den Sudan 1894.

1896, 1899; gegen die Matabele 1894; gegen die Mittelmächte ab 1914.

Ein neuer Industriefürer in Amerika.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben jetzt einen neuen König in der hohen Familie ihrer Industriemonarchen aufgenommen oder vielmehr aufgenommen müssen, da sich die alten industriellen Könige der Nation von ihrer Größe bereits überlebt haben. Es ist dies der Pulverkönig Pierre Samuel du Pont, der an Munitionslieferungen im letzten Jahre allein 60 Millionen Dollar Gewinn einheimen konnte. Der Vorfahr dieses Mannes-galaktischen, der Begründer des Pulverhandels Samuel du Pont, war ein Staatsmann und Humanist aus Remours.

Amerikas Bereicherung am Kriege.

Nach der Schätzung eines amerikanischen Millionärs Charles G. Smith ist der Reichtum der Vereinigten Staaten in den letzten Kriegsjahren um 40 Milliarden Dollar gestiegen. Seit dem ersten Kriegsjahre hat die Goldzufuhr um 460 Millionen Dollar zugenommen. Die Bantelnlagen sind um 6 bis 7 Milliarden Dollar gewachsen.

Zunahme der Lynchjustiz in Amerika.

Die Zahl der Lynchjustizfälle hat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im letzten Jahre eine bedeutende Zunahme erfahren. Es sind in diesem Jahre 69 solcher Fälle vorgekommen, die gegen die des Jahres 1914 eine Zunahme von 33 Prozent bedeuteten. In acht Fällen konnte hinterher die Lynchjustiz der Exekution f. g. gestellt werden.

Japans Kriegsgewinne.

Während der ersten zehn Monate des Jahres 1916 ist in Japan die Einfuhr um 172,5 Millionen, die Ausfuhr um 311,5 Millionen Yen gegen das Vorjahr gestiegen. Im Jahre 1916 (bis 31. Oktober) betrug der Wert der Einfuhr 622,7 Millionen, der der Ausfuhr 879,5 Millionen Yen. (1 Yen = 2 Mark.)

Deutsches Reich

Kriegsunterstützung im Bereiche der Post.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind die Ober-Postdirektoren vom Reichs-Postamt ermächtigt worden, den bedürftigen Beamten in Ruhestand und den bedürftigen Hinterbliebenen von Beamten und Ruhegehaltsempfängern im laufenden Rechnungsjahre nach Darlegung der Einkommensverhältnisse eine einmalige außergewöhnliche Kriegsunterstützung bis zum Betrage von 100 Mk. zu bewilligen, wenn das Gesamteinkommen des im Ruhestand lebenden Beamten weniger als 2500 Mk. oder das der Witwe — und zwar ohne Waisen- und Erziehungsgeld — weniger als 1200 Mk. beträgt. Personen mit unterst. Kindern werden dabei besonders berücksichtigt.

Zur Tagung des Reichstags.

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet: Ende dieses oder Anfang nächsten Monats wird der Bundesrat über den Reichshaushaltsplan beraten. Die Erledigung wird einige Tage in Anspruch nehmen, alsdann steht dem Wiederbeginn der Arbeiten des Reichstags nichts mehr im Wege. Es ist alsdann Beratungstoff für den Reichstag vorhanden. Mitte Februar dürfte der Reichstag wieder zusammentreten. Die Frage, ob auch neue Steuervorlagen den Gegenstand seiner Beratungen bilden werden, harret noch immer der Entscheidung. Das aber läßt sich schon jetzt sagen, unter den Mitteln, durch die man die Einnahmen des Reichs zu erhöhen trachtet wird, steht der Ausbau der Warenumschlagsteuer mit in erster Reihe. Daß diese Quelle reichlicher als jetzt fließen muß, darüber ist man einig.

Wer führt den Burgfrieden?

Zwischen der konservativen und der fortschrittlichen Presse ist es aus Anlaß der Einbringung der Fideikommissvorlage im preussischen Landtage, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Die Fortschrittler haben bekanntlich erklärt, daß die Einbringung dieser Vorlage den Bruch des Burgfriedens bedeutet. Die konservative Presse tritt dieser Auffassung lebhaft entgegen und die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Wir wünschen nicht, daß die fortschrittliche Volkspartei etwa Widerpruch erhoben hätte, als mit der Ankündigung

der Wahlreform in Preußen, oder mit der Novelle zum Verfassungsgesetz der Burgfriede gegenüber anderen Parteien tatsächlich völlig außer acht gelassen wurde; für sie bedeutet vor allem der Burgfriede nur, daß nichts geschehen dürfe, was ihr nicht paßt.“

Daraus ergibt sich, daß die Konservativen jede Änderung auf politischem Gebiete, die dem Geiste einer neuen Zeit sich nähert, als einen Bruch des Burgfriedens ansehen. So aufgefaßt, müßte der Burgfriede allerdings zu einer Verfeinerung unseres politischen Lebens führen.

Das Gefinderecht bleibt bestehen!

Die Petitionskommission des preussischen Landtags sprach sich gegen die Aufhebung der aus dem Jahre 1810 stammenden Gefindeordnung aus, empfahl aber die Vornahme einer Revision dieser total veralteten Bestimmungen. Aber auch daraus wird nichts werden, denn ein Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte:

„Eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gefindes kann zurzeit nicht in Aussicht gestellt werden. Die Geschäftslage gestattet es jetzt nicht, dem Gedanken einer Vereinheitlichung des Gefinderechts in Preußen näher zu treten, dessen Verwirklichung eine erhebliche gesetzgeberische Arbeit in sich schließen müßte. Die Prüfung der Angelegenheit muß vielmehr normalen Zeiten vorbehalten bleiben.“

Soziale Rundschau.

Siebenuhr-Ladenstluß. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, durch die er wünscht, daß der Sieben-Uhr-Ladenstluß auf die Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt und auch für die Feiertage beibehalten wird. In der Eingabe wird ausgeführt, daß der Sieben-Uhr-Ladenstluß die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen verkürzt und daher aus sozialen Gründen nicht weiter befristet werden dürfte. Er sei auch für die Lebensmittelgeschäfte durchführbar, da ja die Lebensmittel gerade in der jetzigen Kriegszeit nicht erst des Abends, sondern an frühen Tagesstunden verkauft werden, weil das Publikum glaubt, daß in den späteren Tagesstunden die vorhandenen Lebensmittel ausverkauft sein könnten. Der dauernde Sieben-Uhr-Ladenstluß würde fernest eine Betriebsstörungsursache für die Geschäftswelt mit sich bringen und auch insofern von volkswirtschaftlichen Nutzen sein.

Baden.

Reichstagsabgeordneter Scheidemann in Heidelberg.

oc. Heidelberg, 29. Jan. Vor einer etwa tausendköpfigen Versammlung sprach am Sonntag nachmittag Reichstagsabgeordneter Scheidemann über das Thema „Das deutsche Volk und der Krieg.“ In seinen einführenden Darlegungen betonte Scheidemann, daß man sich immer zu vergegenwärtigen habe, daß dieser Krieg für uns ein Verteidigungskrieg sei und wir dürfen deshalb nicht dulden, daß er jetzt in einen Eroberungskrieg umgeschlagen werde. Die deutsche Sozialdemokratie stehe auf dem Standpunkt, daß der kommende Friede ein Friede der Versöhnung sein müsse und die Einverleibung fremden Gebietes ausschließe. Dem deutschen Volke sei es gelungen, die ungeheure Koalition von Feinden abzuwenden und ihr zu widerstehen; das sei der größte Sieg, den die Welt jemals gesehen habe. Was danach sei, solle deutsch bleiben, was französisch sei, französisch und was belgisch solle belgisch bleiben. Eine Gebietsverweiterung würde eine Schwächung unserer Nation bedeuten. Die Friedensforderungen des Reichskanzlers seien sich mit dem Programm der Sozialdemokratie. Der Wiltonische Vorstoß führt zu keinem Ziel; es werde weiter gekämpft werden. In seinen Schlussworten kam Scheidemann auf die Gestaltung der inneren Politik nach dem Frieden zu sprechen und forderte dafür die Gleichberechtigung aller Staatsbürger. — Die Ausführungen fanden lebhaften Zuspruch der Versammlung.

Die neue Eierversorgung.

oc. Karlsruhe, 27. Jan. Wie wir schon kurz mitgeteilt haben, wird die Regierung in den nächsten Tagen eine neue Verordnung über die Eierversorgung erlassen, nachdem es

In französischer Gefangenschaft.

VII.
 Unter Kohlenarbeitern.
 Die Zeit meiner Arbeitslosigkeit füllte aber sehr bald schon ihren Abschluß finden. Ein deutscher Feldwebel verhalf mir wenige Tage nach jenen Ereignissen zur Würde eines Kohlenarbeiters auf einem Bahnhof bei Le Mans. Dieses bedeutende Amt bekleidete ich wohl vier Monate hindurch. Die Angehörigen dieser schwarzen Zunft genossen nach zur Zeit meiner Aufnahme in sie — das war gegen Mitte Dezember 1915 — mancherlei Privilegien. So stand ihnen unter anderem das Recht zu, jeden Tag ein Sechstel Weißbrot mehr zu dürfen als die Mitglieder der sonst im Lager vorhandenen Zünfte; außerdem konnten sie vermittelt eines halben Liter Apfelsinen, welcher allerdings des öfteren nur Ausgabe stärkste Kaufe zu erdulden hatte, alltäglich die trockenen Resten durchspülen. Die Kohlen sold privilegierter Genüsse. Ich trat die Eisenbahngesellschaft, zu deren Nutzen die Kohlenleute mehr oder weniger beitrugen. Leider wurden ihnen diese geringfügigen Extrabevzüge schnell wieder genommen.
 In der Spitze des Kommandos stand als Dolmetscher ein wohlbeleibter Herr, seines Zeichens Cafetier aus Paris, welcher den ehrenden Ruf besaß, stets in zurückhaltender, vornehmer Manier sein Amt zu verwalten und sich nie, wie so viele andere es taten, zu Ungerechtigkeiten gegen seine Leute verleiteten zu lassen. Der Vorgesetzte der schwarzen Korona übten im Zivilleben die mannigfaltigsten Berufe aus. Unter ihnen gab es Handwerker jedweder Art, einen konservatorisch gebildeten Musiklehrer, Kaufleute, einen Theologiestudenten, Künstler, selbstständige Bauern, Schullehrer u. a.
 Aber so hochachtungsvoll die Zunftangehörigen als Zivilisten durch die Welt waren, ebenso unanständig konnte ihre jetzige Tätigkeit genannt werden. Es war eine stauische, schmutzige Arbeit. Beim Füllen des Waggons mit Staubkohle und dergleichen verwandelten sich die barmherzigen Gesichter der „Kohlenbarone“ in das tiefe Schwarz zentralafrikanischer Eingeborener.
 Geitere, lustige Stunden konnten wir des öftern dann erleben, wenn der Pariser Herr uns mit seiner Anwesenheit versohnte, was er denn auch gern tat. Sobald der Mann außer Sicht und eine

dringliche Arbeit nicht gerade zu bewältigen war, betrieben die Herren Kohlenarbeiter den größten Witz. Die einen produzierten sich als stümperhafte Portiercafetaboten und wenig gelenkige Schlangenmenschen; artistisch Untalentierte veranstalteten wohl auch ein fröhliches Wackspringen. Hier sprach ein bedeutender Kolossus, umkreist von andächtig lauschenden Zuhörern, die wespolitische Lage. Auf dem Erdboden entworfen große Strategen Landkarten und Operationspläne, welche über den Stand der Kriegslage zu orientieren bestimmt waren. An anderer Stelle wiederum rangen zwei „Champions“ nach allen Regeln der Kunst.
 Derartige Aufführungen zu inszenieren, war natürlich nur dann am Platze, wenn die Bewachungsmächten nichts dagegen hatten. Und das war eine geraume Zeit hindurch nicht der Fall. Die Posten, unter denen sich oft Korrier Jungen befanden, befehlten selbst Wohlgefallen an den Unterhaltungen oder renkten gar den Spieß erst ein. Fast alltäglich entwickelten sich zwischen uns und den Franzosen ausgiebige Debatten über den Weltkrieg und dessen Ursachen. Ein erprobtes Ergebnis ließ sich jedoch nicht dabei erzielen. Die Posten konstatierten, die Allemandes seien böse; aber der deutsche Kaiser habe allein den Krieg verschuldet und sei verantwortlich zu machen für all das Elend, das auf Erden entstanden. Ohne Zweifel könnten die Deutschen auf die Dauer nicht der immer größer werdenden Kraft des Vierverbandes standhalten. Die französische Nation wolle das deutsche Volk emporen zur Freiheit führen. Etwas meinten auch, wenn wir nach Deutschland zurückkehrten, dann würde das Reich von früher nicht mehr bestehen. Und so fort. Genau dieselben Lieber kann man ja auch in französischen Journalen über die Dinge lesen.
 Oft hatte ich bei der Unterhaltung mit Franzosen den Eindruck, als ob man mit großen Kindern spräche. Ständes Vertrauen in die Prophezeiungen seiner Führer, mangelndes Kritikvermögen, totale Unkenntnis von den Verhältnissen Deutschlands, erschrecklicher Mangel an Objektivität in dem Beurteilen der Dinge, tiefwurzelnder Haß gegen den Kaiser und das deutsche Reich und Schwelgen in weitestgehenden Siegeshoffnungen. Die sich doch nicht erfüllen lassen, das waren die hervorsteckendsten Eigenschaften eines sehr großen Teils der französischen Nation, soweit wir sie durch unseren Verkehr mit den Posten kennen lernten.
 Rächerlich wirkte es, als z. B. ungeschickliche Umrandungen in schwarz-weiß-roter Farbe, wie man sie auf Postadressen, Post-

karten usw. aufgedruckt findet, jeden „patriotischen“ Franzosen in Zustimmung versetzte. So konnte man u. a. an der Anschlagstafel im Lager zu Le Mans dem Sinne nach folgenden Was lesen:

Bekanntmachung.

Der Herr Kommandant befehlt allen Gefangenen dieses Lagers, nach Hause zu schreiben, daß Paket- und sonstige Postsendungen, welche mit schwarz-weiß-roten Umrandungen, Bildern von deutschen Oerführern, Bildnissen des Kaisers usw. versehen sind, nicht versandt werden dürfen. Sendungen mit dergleichen Aufdrucken werden den Gefangenen nicht ausgereicht.

Eines Morgens befanden sich sämtliche Posten bei gehobener Stimmung. Unter lebhaften Freudenrufen teilten sie mit, der Kaiser sei gestorben. Es habe das in den neuesten Ausgaben der Zeitungen gestanden. Ein Soldat rügte nachstehende Worte in die schwarze Erde:

LA MORT L'EMPEREUR GUILLAUME 1915.

Ein paar Tage später lebte zum Leidwesen der Franzosen der tote Kaiser wieder auf!
 Eine längere Zeit hindurch kamen wir abzüglich jener politischen Dissonanzen mit den Posten wohl aus; man konnte sogar hin und wieder von einem kameradschaftlichen Verkehr zwischen uns und ihnen reden. Es war geradezu rührend, beispielsweise einen vielleicht vierzigjährigen verwundeten Infanteristen zu beobachten, dem es augenscheinlich ein inneres Vergnügen bereite, wenn er Gefangene mit Obst und dergleichen beschenken konnte. Freudestrahlend ging er den letzteren, wenn die Luft rein war, entgegen und verteilte seine Gaben. Mit Nachdruck betonte der menschenfreundliche Soldat, daß in seinen Augen alle Menschen Brüder seien und es ihm fern liege, die Deutschen zu hassen. Im Gegenteil liebe er das deutsche Volk und bewundere den großartigen Aufschwung, den die Arbeiterbewegung dort genommen habe. Mit leuchtenden Augen gab er dem Wunsch Ausdruck, daß endlich der Tag kommen möge, an dem die Völker wieder friedlich aufzuzugingen.

durch die bisherigen Maßnahmen nicht möglich gewesen ist, die Eierversorgung in geregelte Bahnen zu bringen. Wir haben in Baden 1 937 000 Hühner und man hat ausgerechnet, daß einschließlich der Einfuhr auf Jedermann in der Woche ein Ei kommen kann, also 55 Stück im Jahr, während die Geflügelhalter 80 Eier für eine Person ihres Haushalts im Jahr erhalten sollen. Als Anreiz zur Hühnerhaltung sieht die neue Verordnung vor, daß ein Hühnerhalter, je mehr er Hühner hat, um so mehr zurückbehalten darf. Allerdings hat man auch die Gefahr der Abschaffung oder Einschränkung des Abkühlens der Hühner ins Auge gefaßt. Um eine solche Abschaffung der Hühnerbestände zu verhüten, wird verfügt werden, daß derjenige, der seinen Hühnerbestand vom 1. Dezember 1916 abschafft, keine Aussicht hat, Eier von der Abgabe zu bekommen. Der Hühnerhalter soll in ganz Baden 22 Pfennig für ein Ei bekommen. Der Verkaufspreis soll allgemein auf 26 Pfennig festgesetzt werden. Den Wunsch der städtischen Hühnerhalter, ihnen höhere Preise zuzugestehen, konnte man nicht erfüllen. Auch der angeregte Verkauf der Eier nach Gewicht läßt sich jetzt nicht durchführen.

Beförderliche Maßnahmen gegen die Erbsäure.

oc. Karlsruhe, 27. Jan. Infolge des Fehlens mancher Lebensmittelgegenstände hat man zu Erbsäuremitteln gegriffen, die auch in Baden in großen Mengen hergestellt worden sind. Durch 700 Erbsäuremittel werden augenblicklich in Baden vertrieben. Das Ministerium des Innern hat nun, um eine ungeordnete Hervorbringung des Erbsäuremittels beim Kauf solcher Erbsäuremittel zu verhüten, ins Auge gefaßt, daß künftig für die Herstellung der Erbsäuremittel die Genehmigung des badischen Veterinärdepartements notwendig ist. Wer um eine solche Genehmigung nachsucht, muß genaue Angaben über Herstellungsort, Art, Name, Preis, Vertrieb usw. nachsuchen. Man hofft dadurch die Erbsäuremittel aus dem Handel auszuschließen, die volkswirtschaftlich nutzlos und übertrieben teuer sind. Es darf dabei noch bemerkt werden, daß die Tätigkeit des badischen Veterinärdepartements schon manchen günstigen Erfolg zu verzeichnen hat. Vielfach sind Preissteigerungen hintanhaltend worden und Baden ist heute das preisbilligste Gebiet in Deutschland. Württemberg ist das preisbilligste Gebiet und das Rheinland hat die teuersten Preise.

* Die Milch- und Fettversorgung in Baden. Im ganzen Lande wurden bekanntlich die Butterverbraucher auf Rationen gestellt. Baden erhielt von der Reichsstelle wöchentlich 550 Zentner Butter, 200 Zentner Margarine oder bis zu 90 Zentner Öl, die Delmenge wird dann auf die Butterlieferung angerechnet. Die Butterpreise sind für das ganze Land bestimmt worden. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Städte durch Ueberbieten der Höchstpreise die Landesversorgung torumpiert haben. Die Umregelung der Milchversorgung hat sich bewährt. Durch das Umlegungsverfahren wird jetzt die notwendige Milch aufgebracht und die Fettversorgung so durchgeführt, daß auf den Kopf der Bevölkerung 90 Gramm (?) auf einen Schwerstarbeiter 125 Gramm fallen. Die Margarine soll in den Städten, ebenso wie die Vollmilch nur gegen Karten abgeben werden. Heute erhält Mannheim in von den 87 000 Litern Milch, die ihr zustehen, bereits 70 000 Liter. Durch das Umlegungsverfahren wurden den Städten täglich 197 200 Liter Milch neu zugeführt. Ein Teil der Milch kommt auch in Form von Butter und Käse in die Städte. Heute bekommt Karlsruhe bereits 100 Prozent der ihm zustehenden Milch, Karlsruhe 66 Proz., Heidelberg 55 Proz., Billingen 70 Proz.; am ungünstigsten sind die kleineren Städte daran; so erhalten L. Baden 40 Proz., Offenburg 35 Proz., Rastatt 30 Proz. Ferner wird mitgeteilt: Im Bezirke Mühl wird die Milch größtenteils verbuttert, infolgedessen ist in B. Baden nicht genügend Milch verfügbar. Die Butter wird von den Hampten aus Strichburg und ardem Städten für 10 M. das Fund gekauft. Es sollen eventuell die Milchzentralen verboten werden, wenn der Umfang noch anhält. Im übrigen hat das Ministerium die Aufsichtspersonen veranlaßt, Kontrolle über unerlaubten Sachhandel mit Nahrungsmitteln auszuüben und diese im gegebenen Falle zu beschlagnahmen.

oc. Mannheim, 28. Jan. Eine in München erfolgte Verhaftung wegen Kriegsverwehrens spielt auch nach Mannheim. Der Kaufmann Abraham Hilb aus Mannheim hatte in Zeitungsanzeigen

angekündigt, daß er eine Million Zigaretten zu verkaufen habe. Er ist in München in einem Hotel einmietet, wurde das Kriegsverwehren auf ihn aufmerksam und ordnete seine Verhaftung an. In München hatte Hilb den „Münch. Neue. Nachr.“ zufolge, zwei Posten mit zusammen 200 000 Stück verkauft. Zu den Preisen seines Auftrags, eines Geschäftsinhabers in Mannheim, vorlangt Hilb fünf Prozent „Mehrwert“, jedoch er bei den zwei abgekauften Posten bei einem Durchschnittspreis von 10 Pf. für die Zigarette 1000 M. verdiente. Vom November bis Jahres schluß hat er nach seiner Angabe Zigaretten im Wert von 70. bis 80 000 M. verkauft. Die Million Zigaretten im Wert von 100 000 M. wurde in Stuttgart, wo Hilb wohnte, auf Veranlassung des Kriegsverwehrens beschlagnahmt.

oc. Mannheim, 27. Jan. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage über die Einrichtung eines städtischen landwirtschaftlichen Gutsbetriebes vorgelegt, für den die pachtfrei gewordenen städtischen Gelandestücken auf der Freisenheimer Rheininsel im Umfang von 207 Hektar zu verwenden sind. Die Anbaufläche soll durch Eingruppierung anderer Gelandestücke vergrößert werden. Ein Betriebsgebäude für die städtische Gutsverwaltung soll erst nach dem Kriege errichtet werden. Zur Anschaffung der nötigen Maschinen usw. soll ein Betrag von 30 000 M. und zum Ankauf von Zugtieren ein Betrag von 40 000 M. bereitgestellt werden. Ferner soll der Bürgerausschuß die Summe von 800 000 M. zum Ankauf von Milchvieh genehmigen.

oc. Bruchsal, 28. Jan. Der Stadtrat hat das Handelsgericht gebäude der Reberwegareiterverwaltung zu ihren Zwecken überlassen. — Der Stadtrat will dem Bürgerausschuß beantragen, daß die vom 1. Nov. über 1916 an wirksamen Erhöhungen der reichsgerichtlichen Unterstützungssätze den Angehörigen der zum Kriegsdienst eingezogenen städtischen Arbeiter in wiedereingeführte Weise zugute kommen.

oc. Pforzheim, 27. Jan. In einer Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins wurde die Gründung einer Gemeinnützigen Hypothekensicherungs-Gesellschaft m. b. H. beschlossen, die zur Verbürgung des sicheren Eintrags von Hypothekensicherungen und Tilgungskonten dienen soll. Auch die Stadt ist in diese und die Banken soll aufgefordert werden, sich an der Zeichnung der Anteile zu beteiligen.

* Pforzheim, 28. Jan. Da hier in den letzten Tagen eine größere Anzahl Mordanschläge vorkamen, hat das Bezirksamt das Mordverbot auf der Pforzheimer Gemarkung verboten.

oc. Baden-Baden, 28. Jan. Der Stadtrat wird beim Bürgerausschuß einen Antrag auf Neuordnung der Fahrpreise der Straßenbahn und Bergbahn stellen. Man hofft durch die Erhöhung der Fahrpreise die Wirtschaftlichkeit der Bahnunternehmung zu verbessern, daß nach Beendigung der Betriebsarbeiten hinreichende Mittel für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und zur Annullierung genügender Erneuerungsschulden vorhanden sind. Die Neuordnung soll vom 1. März 1917 an wirksam werden. Bei dem städtischen Wasserwerke will man jährlich von jetzt ab mindestens 20 000 M. den Rücklagen überweisen. — Mit dem Direktordirektor Seingel hat der Stadtrat einen Vertrag abgeschlossen, wonach dieser auf eigene Rechnung die Leitung und den Betrieb der Sommerbühne im Jahre 1917 übernimmt. Vom 3. April an soll bis Mitte Juni Schau- und Lustspiel gegeben werden, danach wird sich bis Ende August eine Operntemporäre annehmen. Im September sollen Gastspielvorstellungen größerer auswärtiger Bühnen stattfinden. Vorausichtlich kann im Laufe der Spielzeit die Bühne im neuen großen Saal des Kurhauses in Veranlagung genommen werden.

oc. Heilbrunn, 28. Jan. Die Stadtgemeinde hat, unterstützt von einigen Heimatfreunden, ein Stück des „Simonsgraben“ von J. S. v. Grimmelschauen erworben. Grimmelschauen stammte bekanntlich aus Gelnhausen bei Frankfurt und ist in Baden reisen, wo man ihn auch im Jahre 1879 einen Sanftfahr-Oberleutnant genant hat. Sein berühmter Roman, der „Benedictus-Simplicius. Simplicius“, erschien 1688 und schildert Lebensweise und Anschauung Deutschlands nach dem 30jährigen Kriege.

oc. Rastatt, 28. Jan. Ein Kartoffelhändler hat beim Einkauf einer größeren Menge Kartoffeln für den Kontroller 250 M. über den Höchstpreis bezahlt. Wegen Ueberziehung der Höchstpreise wurde er mit einer Geldstrafe von 100 M. bestraft.

oc. Freiburg, 28. Jan. Auf unserer Gemarkung ist jetzt eine Fläche von 264 Morgen für den Gemüse- und Kartoffelbau durch Aingartenbetrieb erschlossen worden. Weitere 70 Morgen werden zu diesem Zwecke noch verwendet werden. Für die Beschaffung

von Saatkartoffeln und Gemüsesamen sind Vorbereitungen getroffen worden.

Die Kälte.

oc. Karlsruhe, 29. Jan. Die Kälte hat in den letzten Tagen vielfach wieder angezogen, besonders nachdem ein scharfer Nordostwind eingekehrt hat. Nach den am Sonntag vormittag in Karlsruhe eingegangenen neuesten Wetternachrichten wurden folgende Temperaturangaben gemittelt: in Karlsruhe minus 9 Grad Celsius, in La an minus 8 Gr. C., in Nachen minus 10 Gr. C., in Hannover minus 6 Gr. C., in Berlin minus 4 Gr. C., in Dresden minus 12 Gr. C., in Prag minus 14 Gr. C., in München minus 16 Gr. C., in Wien minus 11-Gr. C., in Ostpreußen herrscht geringere Kälte; in Mailand minus 5 Gr. C. Dagegen ist die Kälte über die Alpen gezogen; in Triest minus 5 Gr. C. bei Schneefall. Vom Balkan wird gemeldet: Sarajewo minus 14 Gr. C., Belgrad minus 9 Gr. C. und Ormannstadt minus 7 Gr. C. Aus dem hohen Norden liegen folgende Nachrichten vor: Spacarcanda minus 8 Gr. C. Stockholm minus 8 Gr. C. und Kopenhagen minus 4 Gr. C.

oc. Billingen, 29. Jan. Der kalte Tag im Schwarzwald war in diesem Winter bis jetzt der Samstag. Im freien Land ist der Thermometer 16 Grad Celsius unter Null. Alle Schwarzwaldbäche sind bis zugefroren.

oc. Rastatt, 29. Jan. Seit Freitag ist der Untersee zwischen Rastatt und dem Insel Meidenau zugefroren. Das Eis ist aber noch nicht tragfähig und deshalb ein Begehen der Fläche verboten. (Seit dem kalten Januar 1914 war der Untersee nicht mehr zugefroren. Kamals konnten die Führer von der Insel Meidenau über die glatte Fläche an das Nordufer des Untersees fahren und Tausende zogen auf Schlittschuhen über den zugefrorenen See.)

Gegenseitiges Verstehen von Stadt und Land

Es ist in der Kriegszeit oft beklagt worden, daß Stadt- und Landbevölkerung sich nicht richtig verstehen, und man hat es als eine vornehmliche Aufgabe bezeichnet, für eine bessere Verständigung zu arbeiten. Gewiß ist es zu begrüßen, wenn berichtet wird, daß, wo an Mißständen solcher Art nichtverstehen schuldig ist, aufklärend zu wirken. Wie aber wird in „Verständigung“ gemacht? Der „Dürrenmeyer-Mißlauderer“ veröffentlicht einen Artikel, in dem die städtische Bevölkerung hauptsächlich behandelt wird. Hier eine kleine Stilprobe.

Der Bauer weiß auch, wie es zugeht. Geht doch hinaus auf die Dörfer und hört, was sie sagen, wie sie reden von den vollgepfropften Bergknäueln, von den feinsten bis zum gemeinsten, von den tugendliebenden Modedamen, von den großartigen Ansprüchen ans Leben, die da von hoch und nieder gemacht werden! Ist es denn so verwunderlich, wenn der Mann vom Lande, der in der Stadt zunächst eben nicht die fleißige Arbeit, sondern das faule Genießerium sieht, heimkommt und sagt: „Wir sind Narren, daß wir uns so abarbeiten; die da drin haben noch viel zu gut.“ Es heißt auch hier: mitgefungen, mitgefungen! Der fleißige, sparsame Teil der städtischen Bevölkerung, und das ist doch weitaußer der Größe, muß für das Treiben des vornehmen und geringen Pöbels mitbüßen.

Mit solcher Art der „Verständigung“ werden glänzende Ergebnisse erzielt werden.

Wie ganz anders zeigt sich da der Tiroler Bauer Anfer-Wiesinger, der bei einer landwirtschaftlichen Versammlung die sich mit der Milchpreiserhöhung beschäftigte, erklärte, es sei notwendig, „daß die Milch beim jetzigen Preis bleibt und der Butterpreis herabgesetzt wird. Ich habe jetzt Geld genug gesehen. Ich sehe, die Leute in der Stadt können's wirklich nicht mehr bezahlen!“

Solcher Einsicht begegnet man leider nur selten. Meist zeigt sich das Bestreben, die Preise immer mehr in die Höhe zu treiben, nicht weil die Lieferung zu den bestehenden Preisen nicht mehr möglich wäre, sondern weil a d e r e auch in der Kriegszeit mehr verdienen. Es ist kein Zweifel, daß viele Landwirte wie der Tiroler Bauer sprechen würden, wenn sie wüßten, wie hart die städtische Bevölkerung tut und

VIII. Schlechte Tage.

Blödsinn war es mit diesem bis jetzt leidlichen Arbeitsverhältnis vorbei. Es trägt an Stelle kameradschaftlichen Verkehrs mit uns pflegenden Kösten alte, griechenartige und wenig gemütsliche Zusammenhänge. Wohl möchte es auch genießbare Leute unter ihnen geben; aber entsprechend der stark veränderten Situation — vermutlich hatte es auch einen Wink von oben gegeben — vermochten die letzteren nicht, aus sich herauszugehen. Es schloß nicht an Elementen unter den Soldaten, welche die Gefangenen in einem fort bei der Arbeit antrieben.

Außerordentlich litten wir durch das regnerische Wetter, welches fast den ganzen Winter hindurch in dortiger Gegend vorherrschte. Ganze Wochen hindurch wurden wir Tag für Tag so durchschlammert, als wären wir samt der Kleidung in den Wassern der Seebecken herumgeschwommen. Leute, die es abhinkten, bei den Regengüssen im Freien zu schlafen, hat man in einer Anzahl von Fällen zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt!

Aber auch im Lager selbst wurden die Zustände andauernd unangenehmer. Reduzierungen und Verringerungen in der Gefangenenernährung traten ein. Selbst Ueberverteilungen ließen sich feststellen. Nach den Bestimmungen der französischen Regierung wurde um die Jahreswende die Ration für den Gefangenen auf 400 Gramm täglich herabgesetzt. Das im Lager Le Mans veranschlagte Quantum stellte sich indessen eine zeitlang wesentlich geringer — auf etwa 300 Gramm — und wurde auf Beschwerde hin schließlich auf 400 Gramm erhöht. Dann setzte man uns wieder des öftern grün und schwarz aussehenden verjimmelten Leuten wieder vor, welcher völlig ungenießbar und in unangenehme Stöße zerfallene war. An wirklich genießbarem Fleische verabreichte man bestimmt höchstens 150 Gramm wöchentlich. Zur Ausgabe gelangenden „Speck“ vermochten wir einige Leute zu essen. Besonders in der letzten Zeit wurden die Gefangenen, zumal diejenigen, welche ohne Zuwendungen aus Deutschland dastehen, einer permanenten Unterernährung ausgesetzt, und nicht immer kam das von der französischen Regierung vorgeschriebene Quantum zur Veranschlagung. Jedenfalls dürfte die Regierung davon nichts wissen.

Nichtarbeiter erhielten übrigens noch minderwertigere Nahrung Zusätze, die infolge Verfühlung der französischen Regierung eine Erhöhung des Gewichtes der Ration auf täglich 600 Gramm festgesetzt wurden. Hoffen wir, daß jenes Quantum tatsächlich auch überall ausgegeben und nicht etwa in schimmelpilzigen, gesundheitsschädlichen Zwecken verschwendet. Nach den gemachten Erfahrungen muß man schon mißtrauisch werden. Eine scharfe Ueberwachung durch die Kontrollstellen ist dringend am Platze.

Angesichts jener ungenügenden Ernährung bei teilweise schwerer Arbeitsleistung und mit Veranlassung durch das Arbeiten im Freien selbst bei ungenügender Witterung, liegt es auf der Hand, daß die Zahl der Kranke in dem Lager Le Mans sich beständig hoch war. Indessen konnte die Lagerkommandantur, vermutlich auf einen Druck von höherer Stelle hin, kein Wohlgefallen an dem zahlreichen Krankenstand finden, und man erließ — selbstverständlich im Einverständnis mit dem Lagerarzt — eine Bekanntmachung, laut welcher jeder Gefangene, der sich als erkrankt meldete, jedoch vom Arzt als nicht krank bezeichnet würde, Prison zu gewärtigen habe. Tatsächlich wurden denn auch eine Anzahl von Leuten deshalb bestraft.

IX.

Im Lande Tels.

Endlich — in hoher Not — nahm die Befreiungsjahre. Anfang März 1916 beauftragte eine Kommission Schweizer Ärzte das Gefangenenlager bei Le Mans und schlug mich nebst einer Reihe weiterer Leidensgenossen zum Austausch vor. Es erfolgte nun meine Invaliderklärung, womit mein Austritt aus dem Häftlingslager Le Mans sichergestellt war. Reichlich acht Wochen danach fiel in Lyon die Entscheidung der Prüfungskommission zu meinen Gunsten aus, so daß ich gemeinsam mit vielen Hunderten verwundeter und kranker Kameraden am 9. Mai den Entzug befehlen durfte, der uns ins schöne Land der Alpen und damit der Erlösung aus schweren Tagen entgegenbrachte.

Gegen 8 Uhr am Abend des 9. Mai überfuhr der Zug die sechshundert erwartete Grenze der Lande Wilhelm Tels — der freien Schweiz. Haarscharfe Gegensätze lagen sich vor uns auf. Noch auf der Fahrt von Lyon bis zur Grenze von Bernrieden der Franzosen begleitet, begrüßten uns gleich beim Passieren schweizerischen Gebiets tückerische Männer, Frauen und Kinder! In Genf, in Zürich und Luzern — überall, wo wir halt machten — wurden wir begeistert empfangen und mit duftigen Blumensträußen wie Liebesgaben aller Art überschüttet. Also endlich waren wir wieder unter Menschen; nicht Hassender, sondern wohlwollenden Menschen!

Am Morgen des 10. Mai erreichte unsere Abteilung ihren neuen Aufenthaltsort, das lieblich gelegene und in herrlichstem Malienischmud prägende Seiden. Und drüben von den Gestaden des blau-grünlich schimmernden Bodensees winkt die blaue Berge der deutschen Schweiz; grünte Lindau und Friedrichshafen! Möge dem schönen Deutschland neben baldigem Erfolg ein dauernder Friede und die Möglichkeit zu neuem wirtschaftlichem Aufschwung beschieden sein!

Seiden am Bodensee.

J. Waldmeier.

Theater und Musik.

Opernhaus Karlsruhe.

Neu einstudiert: „Lobetanz“. Bühnenspiel in 3 Akten von Ludwig Thuille. Im festlich beleuchteten Hofsaal am Karfreitag nach vieljähriger Pause in neuer Einstudierung die stimmungsvolle Märchenoper: „Lobetanz“ von Ludwig Thuille über die Bretter. Vor kurzer Zeit stand in Stuttgart Herr Emil Gerhäuser, dessen wundervolle und geradezu ideale Vorbereitung des „Lobetanz“ in der Glanzzeit der bayerischen Oper unter der Leitung des genialen Dirigenten Felix Moitl unvergesslich ist — der unerlöste Tod hat nun den Komponisten Ludwig Thuille, 1. Kapellmeister Felix Moitl und 1. Sänger der T. telrole Emil Gerhäuser allzu rasch dahingerafft. An dies tragische Geschick mußte ich unwillkürlich beim Anhören der szenischen Zueignungsballe in der meisthaft behandelten Kerkerebene denken. — „Lobetanz“ gehört sicher mit zum allerhöchsten, was die Neumantik hervorgebracht hat. Die Oper sollte deshalb m. E. ständig auf dem Spielplan stehen. Ich würde gerne auf die hier zuerst aufgeführten Geschmacks verblühenden Operetten verzichten. Die Dichtung Otto Julius Bierbaum zeichnet sich durch einen vornehmen, äußerst gewählte Sprache aus und erinnert in der Art an die mittelalterlichen Madrigale. Der edle und dankbare Märchenwelt „Schrei“ geradezu nach Vertonung. Die Musik Thuilles umrankt die klangvollen Verse mit üppigen und blühenden Tongewinnen. Trotz teilweise moderner Mittel ist das Werk reich an wirksamen Melodien, welche sich in die Märchenstimmung aufs beste einfügen. Die bereits erwähnte Kerkerebene und das nachfolgende Bild am Galgen boten dem Komponisten Gelegenheit, seiner überwiegend lyrischen Musik auch reiche, romantische Schlaglichter aufzusetzen. — Das Werk war sorgfältig einstudiert und fand unter der liebevollen Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Fritz Cortolegis eine ausgezeichnete Wiedergabe. Als „Lobetanz“ sang und spielte Herr Helmut Neugebauer mit bestem Erfolge. Frau Margarete von Weduna bringt für die Märchenprinzessin ihre prachtvolle Erscheinung mit. Auch stimmlich hatte sie ihren guten Tag. Die Föne werden ja allerdings noch immer zu hell und farblos gebildet, aber sie kamen wenigstens viel ruhiger wie sonst. Herr Oskar Friedrich Hagedorn sang den „König“ mit warmem Vokal, mißte aber sich eine jüngere Waise zulegen. So sah er wie der Großvater der 16 Jahre alt sein sollen den Prinzessin aus. Die vielen kleineren Rollen wurden von den Damen Elisabeth Friedrich, Johanna Mober und den Herren Carl Dapper, Oskar Hugelmann, Max Schneider, Hermann Ed. Jan van Gorkom, Josef Gröhinger, Hans Kraus und Hans Bujard gut wiedergegeben. Chor und Orchester waren ganz auf der Höhe. Auch der schönen Bühnenbilder muß lobend gedacht werden. Das gute, besuchte Haus dankte den Ausübenden durch starken Beifall.

A. H.

Entbehrungen sie tragen muß. Geflüchtet wird aber, wie z. B. oben im „Dürrenz-Mühlader Voten“, den Landwirten die Lage der städtischen Bevölkerung vielfach als sehr günstig dargestellt und namentlich erklärt, deren Einkünfte seien so hohe, daß noch höhere Preise ihnen gar nichts ausmachten. Die Schilderungen der tatsächlichen Lage erreichen diese Kreise in der Regel nicht. Darum tragen für die fortwährenden Preissteigerungen auch jene in erster Linie die Verantwortung, die von der Lage der Verbraucher bei den Erzeugern ein so vollständig falsches Bild entwerfen.

Aus der Stadt.

Am 28. u. 29. Januar.

Berechtigte Forderungen der Verbraucher.

Man könnte das Volk heute in fünf verschiedene Gruppen einteilen: Soldaten, Selbstverorger, deren Verwandte, Bessersituierte und Minderbemittelte. Die Soldaten werden von der Speeresorgung versorgt und kommen an erster Stelle; das ist recht so und wird beim Volk auch verstanden. Den Selbstverorgern stehen Milch, Eier, Butter, Fett, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleisch, Brot usw. in unbeschränktem oder doch in weit reichlicherem Maße zur Verfügung als der übrigen Bevölkerung. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß die hohen Gewinne manche Landwirte veranlassen haben, besser zu leben wie in Friedenszeiten. Die Verwandten der Selbstverorger leiden meistens auch keine Not, man steckt ihnen vom Ueberfluß nach Möglichkeit zu. Mancher wird heute beneidet, weil er einen Verwandten oder auch einen guten Bekannten auf dem Lande wohnen hat. Die Bessersituierten leiden schließlich auch keine Not, wenn sie auch tiefer in den Beutel greifen müssen. Aber was schadet es, bei einem entsprechenden Kriegsgewinn 80 Mk. für eine Gans, 36 Mk. für ein Liter Del., 20 Mk. für ein Pfund Gänseschmalz zu geben, oder was schadet es, wenn man für „ausländische“ Speck und Schinken, „für unter der Hand gekaufte“ Butter, Eier usw. horrenden Preise bezahlen muß? Die teureren Preise für Obst, Gemüse und dergl. können sich diese Kreise auch leisten. Sie hurren zwar etwas, haben aber doch zum Leben genug.

Eine Ausnahme machen nur die minderbemittelten Konsumenten. Selbst produzieren sie nichts Genießbares, haben auch keine Verbindungen mit dem Lande, keine mit Händlern, keine mit dem Ausland. Sie sind lediglich auf die knappe Nation angewiesen, die ihnen von „Rechts wegen“, aber ohne die Gewissheit, sie auch zu erhalten, zugewiesen wird. Besondere Ausgaben können sich Leute mit geringen Einkommen, untere Beamte, Mittelstandsleute, Familien mit mehreren Kindern absolut nicht leisten. Dabei müssen sie meist angestrengt arbeiten.

Weil die Dinge so liegen, ist eine allgemeine durchgeführte Rationierung für alle, auch für Selbstverorger, die Festsetzung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel, die Einziehung aller freien Produkte (Gänse, Del., ausländische Ware usw.) in die Verteilung, eine schärfere Bekämpfung des Schmuggels und der Schiebung, Beschlagnahme, Zwangsablieferung und rücksichtsloses scharfes Zugreifen durchaus berechtigt. Nicht „Neben das Seine“ muß es jetzt heißen, nein „Jedem das Seine“ sollte Grundsatz werden.

† Bürgermeister Dr. Herrich. Am 26. Januar, schreibt man uns: Nicht einmal fünf Jahre war es unfern noch so heißen Kämpfen gewählten Bürgermeister Dr. Herrich, dem Bürgermeisteramt der pfälzischen Kreisstadt einzuwählen. Am 1. Februar 1912 begann er seine Tätigkeit und am 14. Oktober 1916 fand er als Kampagnenführer in der Sommerkämpfe den Heldentod. Wenigstens gilt er seit diesem Tag als „vermählt“ und die bis jetzt gepflegten Erhebungen lassen keinen Zweifel an seinem Tode. Dr. Herrich konnte sich rühmen, einen Bürgermeister zu besitzen, der den auf ihn gestellten Hoffnungen in jeder Hinsicht entsprach. Selbst die Zentrumspartei, die seine erste Wahl mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte, trat nach vollendetem Propagandakampagnen für ihn ein. Die Verdienste Dr. Herrichs um unsere Stadt im einzelnen zu würdigen, es genügt, hervorzuheben, daß er seine ganze Kraft dafür einsetzte, Speyer den ihm als Kreisstadt würdigen Rang zu verschaffen. Leider wurde jetzt allzujähr seinem Willen ein Ziel gesetzt.

Die pfälzische Kreisstadt, die sich so spät zu einem Verwaltungsbürgermeister entschloß, ist nun wieder „bürgermeisterlos“. Sie kann nicht eher einen anderen als ersten, bis die Landesregierung am 14. Oktober d. J. erfolgt. Bis dahin wird als geschäftlicher Vertreter der 1. Adjunkt, der die laufenden Geschäfte erledigt. Ein Zustand, der zur Not geht, aber auf längere Zeit keinesfalls. Deshalb erwidert man jetzt in Stadtratskreisen, wie dem am besten abgeholfen werden kann. Man dürfte wohl den Wunsch äußern, ein beabsichtigtes Gemeinderatsmitglied zu wählen, das bei Bewährung später Aussicht auf den Bürgermeisterposten hätte. Schmer dürfte in jeglicher Zeit es wohl sein, eine geeignete Person zu finden, aber es wäre des Verdienstes wert. Ob dann bei einer eventuellen Wahl die gleichen Ansprüche wie seinerzeit bei Dr. Herrichs sich wiederholen, läßt sich heute nicht beurteilen. Fragt man nach Zukunft und nicht nach Konjunktur, bleiben sie uns erpart. Wir haben nur den Wunsch, daß es gelingen möge, einen Mann zu finden, wie Dr. Herrich einer war.

* Hausfrauenvereinigung. Eine der Hauptaufgaben unserer Wirtschaft ist die Förderung des Zusammenarbeitens zwischen Stadt und Land, eine engere Verbindung zwischen städtischem Bedarf und ländlichem Versorgungsgebiet herzustellen. Auch nach dem Friedensschluß wird die Frage der Lebensmittelversorgung noch lange eine ernste und schwierige Aufgabe bleiben; sie kann nur gelöst werden, wenn zwischen Stadt und Landbestellung eine gegenseitige Entzweiung, kein gegenseitiges Mißtrauen vorhanden ist, wenn die Stadtbevölkerung Sinn und Verständnis für die Mühe und Arbeit der Landbevölkerung hat; die Landbevölkerung sich der Einsicht in die wirtschaftliche Not der Stadtbevölkerung nicht verschließt. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land lebendiger zu gestalten, ein gegenseitiges, praktisches Entgegenkommen anzubahnen ist Zweck und Ziel der in letzter Zeit entstehenden landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinigungen, die vor allem auch die Ausbarmachung kleiner Mengen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Sammelstellen auf dem Lande, Verkaufsstellen in den Städten zu ermöglichen suchen. Die Vorsitzende des Landesauschusses für landwirtschaftliche Hausfrauenvereinigungen, Frau von Marschall-Neuershausen, wird morgen Dienstag, 30. Januar, im großen Rathsaal Vorträge über „Rationalisierende Pflichten der Frau auf wirtschaftlichem Gebiet“ geben. Wir machen ganz besonders auf diesen Vortrag aufmerksam; er ist für die Hausfrauen von größter Wichtigkeit.

* Die Preisseuer und Veräußerungszwangsinneung schreibt uns: Die Rotig „Rein 7 Uhr-Adenstschluß in Preisseuergeheimnissen“

bedarf der Mäßigkeit. Auf die Verbrauchsverordnung betr. die Ersparnis an Licht und Heizung, wonach die Geschäfte abends um 7 Uhr zu schließen sind, hat der Innungsvorstand beim Bezirksamt nachstehende Arbeitszeit beantragt: gewöhnliche Wochentage bis 8 Uhr abends, Samstag und Sonntag vor hohen Feiertagen bis 9 Uhr abends, Sonntag und Feiertage bis 1 Uhr nachmittags. Die Innung hat das Groß-Bezirksamt am 10. d. M., vorbehaltlich weiterer Entscheidung, zugestimmt unter der Bedingung, daß abends von 7 Uhr, Sonntags von 8 Uhr ab jeder Verkauf im Verkaufs- oder Arbeitsraum unterbleibt, ebenso jede Beleuchtung der Verkaufsräume aufhört.

* Streuen im Winter. Mit Rücksicht auf die jetzigen Witterungsverhältnisse werden die Bestimmungen der hiesigen Straßenreinigung in Erinnerung gebracht, wonach im Winter, wenn Glätte entsteht, oder eine so bedeutende Menge Schnee fällt, daß dessen Entfernung nicht mehr durchführbar ist, die Schwelger von den Eigentümern der angrenzenden Gebäude oder Grundstücke oder deren Stellvertreter mit Sand, Asche usw. zu bestreuen sind. Am Interesse der Kriegsbeteiligten ist die strenge Einhaltung dieser Vorschrift gerade zurzeit von besonderer Wichtigkeit.

* Verhaftet wurde ein 15 Jahre alter Kaufmannslehrling und ein 16 Jahre alter Hausknecht, beide von hier, welche in letzter Zeit in Kinos, Kaffee-, Automatenrestaurants, sowie an den Stellen der elektrischen Straßenbahn Damen aus den Handtaschen im Gedränge Portemonnaies und andere Wertgegenstände entwendet hatten.

Die städtische Kriegsstube.

* In der langen Reihe der Maßnahmen, die im Verlaufe des Krieges zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes getroffen worden sind, nehmen die Kriegsstuben sicher nicht den letzten Platz ein. Im Laufe des letzten Jahres sind in einer Anzahl großer und kleiner Städte Kriegsstuben eingerichtet worden und in den übrigen Städten wird man sie noch einrichten müssen. Das Reichsernährungsamt hat nunmehr auch bestimmte Regeln zur Errichtung solcher Stuben erlassen, den Städten gewisse Verpflichtungen auferlegt, dafür andererseits auch Zuschüsse des Reiches in Aussicht gestellt.

Der Stadtverordnete Sauer, der als Vorsitzender der sozialdemokratischen Bürgerauswahlschulung und als Mitglied der Kriegsernährungsausschüsse an der Errichtung und dem Ausbau der städtischen Kriegsstuben in hervorragendem Maße mitwirkte, hat nun unter dem Titel „Ein Beitrag zur Kriegsstube“ eine beachtenswerte Broschüre geschrieben, die jedoch im Druck erschienen und auch von der Buchhandlung des „Volkstreuers“ zu beziehen ist. Der Verfasser will, wie er im Vorwort sagt, einen kleinen Beitrag zu dieser wichtigen Frage liefern in der Veröffentlichung eines Berichtes über Kriegsstuben in den Städten Köln, Düsseldorf, Mainz, Wiesbaden und Frankfurt a. M., sowie in der Veröffentlichung eines Vortrages in der Bürgerauswahlschulung vom 13. Oktober 1916. Über beides haben wir im „Volkstreuers“ berichtet.

Nun wird ja an der Kriegsstube viel kritisiert und, wie es im Leben so geht, gleichzeitig auch an den Personen, die an der Spitze derselben stehen. Der Verfasser geht aber zu jenen, die sich mit gutem Humor über diese unangenehmen Eigenschaften unserer Mitmenschen hinwegsetzen. Er schreibt in seinem Vorwort:

„In dem Moment, wo ich mit meinem Vortrag an die Öffentlichkeit trat, bin ich aus Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung massenhaft mit Vorwürfen bedacht worden. Genau ist alle Theorie. Das kam mir einmal so richtig zum Bewußtsein. So lange man sagen konnte, es werden und müssen Kriegsstuben errichtet werden, da bekam man zu hören: das ist notwendig oder es wäre nicht länger notwendig zu wissen. Jetzt, wo die Stuben da sind, wird geschimpft. Und warum? Weil man nicht bekommt, was man erwartet hat.“

Ja, wären die Verhältnisse so, daß man die Teilnehmer im vollen Umfang befriedigen könnte, dann hätte man überhaupt nicht notwendig gehäht, Kriegsstuben zu errichten. Mir selbst wurde vielfach gesagt, daß es überhaupt nicht zu den Aufgaben eines Arbeitervertreters gehöre, sich um die Kriegsstuben zu kümmern, ich selbst würde den Staat nicht für ... ich wollte nur den Minderbemittelten die Teilnahme empfehlen, damit die reichen Leute besser leben könnten, ich wollte mir ein ratsches Köchlein verdienen, wolle einen Orden haben und wolle städtischer Beamter werden. Vielfach sagte man mir, „wir wollen lieber sterben, als das Es aus der Kriegsstube gehen.“

Trotzdem hat sich aber die städtische Kriegsstube ruhig weiter entwickelt von anfänglich 1000 Liter täglich Ausgabe bis rund 8000 Liter heute. Der Verfasser berichtet sich der Kritik gegen die Kriegsstube durchaus nicht. Er hat auch, wie er sagt, „versucht, die Ursachen der oben geschilderten Erbitterung gegen die Kriegsstube, die sich naturgemäß zum großen Teil gegen ihn entladen hat, festzustellen und hat gefunden, daß der vorhandene Ernährungsamt eine Vereinfachung nicht abzupredigen ist. Man wird versuchen müssen, die Ursachen des Unmuts zu beseitigen. Man kann sich gewiß nicht der Hoffnung hingeben, daß die Kriegsstube fertig bringt, ein Essen zu liefern, das alle Teilnehmer befriedigt, das wenigstens möglich ist. Die Teilnehmer werden auch mit der Zeit einsehen, daß die Kriegsstube nur das Leben kann, was sie hat. Darin ist die eigentliche Ursache der Mißstimmung auch nicht zu suchen. Es ist hart, furchtbar hart für die Teilnehmer der Kriegsstube, wenn sie leben und hören müssen, daß Leute, die genug Geld haben, sich solche Leute zu 40, 50 und 60 und mehr Mark kaufen können. Wenn solche Leute zu 20 und 30 Mark zu 8 und 9 Mark, oder 10 Mark zu 80 und mehr Mark kaufen können. Hier besteht die Ursache, kann man aber auch nicht ohne der Ursache sein. Denn auf Minderbemittelte, das Post Minderbemittelte in welchem Sinne aufgeschlüsselt, machen derartige Zustände einen erbitternden Eindruck.“

Nebenfalls erbittet man vom Durchlesen des Werkes in dem Verfasser den Mann der Praxis, der befreit ist, das mit der Kriegsstube zu erreichen, was nach Maßgabe der einmal vorliegenden Verhältnisse möglich ist. Er läßt keinen Zweifel daran, daß wir es in der Kriegsstube lediglich mit einer Notstandsmaßnahme zu tun haben und nicht mit einem Ernährungsziel für das Volk. Wie viele fälschlich glauben. Das Sprichwort „Eigener Herd ist Goldes wert“ wird vorläufig noch nicht außer Kurs gesetzt und durch die Kriegsstube schon gar nicht.

Die Konferenz des 10. badischen Reichstagswahlkreises

welche gestern nachmittag im „Auerhahn“ zu Karlsruhe stattfand, war „kriegsgemäß“, d. h. sehr beschränkt. Insbesondere waren die Anborte schlecht vertreten. Nur die Orte Ulm, Gagfeld, Liedolsheim, Deutsch-Neureut, Müppurr, Spä und Bruchsal hatten Vertreter entsandt. Nicht vertreten waren die Mitgliedskreise Blankenloch, Graben, Heilsbrunn, Anielingen, Einteln im Unterwiesenthal, Kreisleiter Gen. Schwerdt gab den Klassenbericht für das 1., 2. und 3. Quartal 1916/17. Der Bericht zeigte kein erfreuliches Bild, weniger hinsichtlich der Finanzen, die sogar verhältnismäßig bedrückend zu nennen sind, als in Bezug auf den Mitgliederstand und den Markennachschub. Seit Ausbruch des Krieges sind 1405 Mitglieder des Kreisvereins zum Erscheinen eingezogen, während 990 Mitglieder wegen Nichtzahlens der Beiträge getrennt werden mußten, so daß die Bilanz mit einem Gesamtverlust von rund 2400 Mitgliedern abschließt. Gewiß sind hierbei die durch den Krieg bedingten Umstände in Rechnung zu stellen. Die Leute, die in den einzelnen Orten die Organisation stützten, sind eben nicht mehr da. Aber ganz so bräunlich es doch nicht zu sein, wenn etwas mehr Parteierneuerung in den Pflanzstätten

würde. Gen. Schwerdt schloß seinen Bericht mit der Hoffnung, daß der Krieg bald beendet sein möge und wieder an eine regelmäßige Agitation und den Neuaufbau der Parteiorganisation herangeführt werden kann. Dem Kaiser wurde nach einem Bericht der Revisionen Entlassung erteilt. Als 2. Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Landtagsabg. Gen. Kolb über „Die Situation in der Partei“ vorgesehen. Derselbe entzweite sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Er gab eine historische Reminiszenz über die früheren Kämpfe innerhalb der Partei und behandelte eingehend den heutigen Konflikt. Seine Ausführungen wurden mit alzeitigem Beifall aufgenommen. An der Aussprache beteiligten sich die Gen. Schwerdt und Göttsch in zunehmendem Sinne. Als 3. und letzter Punkt wurde alsdann der Bericht des Gen. Eugen Ged über den Stand der Parteiverhältnisse entgegengenommen. Der Bericht, welcher ebenfalls mit Beifall aufgenommen wurde, veranlaßte eine längere Aussprache, die von den Gen. Burm, Kohl, Behring, Grolla und Sauer bestritten wurde. Die Konferenz nahm einen befriedigenden Verlauf.

Letzte Nachrichten.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 28. Jan., abends. (Amtlich.) Auf dem Westufer der Maas sind mehrere französische Angriffe gegen Höhe 304 gescheitert.

An der Biota-Lipa wiesen osmanische Truppen wiederholte Angriffe der Russen ab.

Zusammentritt des Haushaltsausschusses.

W.B. Berlin, 28. Jan. Der Haushaltsausschuss des Reichstags wird Mittwoch, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr zusammentreten.

Der Kohlemangel in Dänemark.

W.B. Kopenhagen, 28. Jan. „Politiken“ meldet aus Kristiania: Bereits haben 6 der größten Papierfabriken des Landes ihren Betrieb wegen Kohlemangels eingestellt. Man erwartet eine Verordnung betreffend die Einschränkung des Papierverbrauchs der Zeitungen.

Unruhen in Italien.

W.B. Berlin, 28. Jan. Nach einem Londoner Bericht in der „Vossischen Zeitung“ sind in verschiedenen italienischen Städten wegen der herrschenden Kohlennot und der steigenden Lebensmittelpreise Unruhen ausgebrochen.

Aus der französischen Kammer.

W.B. Bern, 29. Jan. Laut Lyoner Blättern ist aus der der Geheimhaltung der französischen Kammer folgenden öffentlichen, sehr bewegten Sitzung nachzutragen: Der Sozialist Bon, der ständig in seinen Ausführungen unterbrochen wurde, forderte, daß die Verhandlungen der geheimen Sitzungen schnellstens bekannt gegeben werden sollten, damit die Öffentlichkeit die Unentschlossenheit, Unzulänglichkeit und Schwäche der Regierung kennen lerne. (Minutenlanger Tumult.) Bon schrie: Briand hat nichts getan, nicht einmal die Einheit unter den Ministern verwirklicht! (Neuer Tumult und Zurufe besonders von den Sozialisten, die erklärten, Bon spreche nur im eigenen Namen. — Bon o h rief: Briand hat auf die wichtigsten Fragen nicht geantwortet. Seine Politik der Untätigkeit darf man nicht gut heißen!) — Bon wolle weiter sprechen, mußte aber unter lautem Lärm die Tribüne verlassen. — Der Sozialist Bedouce verlangte mehr Beständigkeit der Entente diplomatisch. Zur Lage in Griechenland äußerte er, man wolle die kleinasiatische nicht zur Aufgabe der Neutralität zwingen, wolle auch nicht, daß das Blut des kleinen Volkes für die Entente vergossen werde. (Bei dieser Aeußerung erfolgte von der äußersten Linken der Zuruf: Wir verlangen Sanktion gegenüber Fournet. — Der konservative Monzie ging noch weiter und verlangte Sanktion gegenüber dem französischen Geandten in Athen.) Bedouce fuhr fort: Wir stimmen nicht der Regierung zu, sondern nur ihrer gemäßigten Politik. Briands Politik sank niemals auf jenen Grad von Erniedrigung wie diejenige Delcasses. (Große Bewegung.) — Delcasse, der am Wendend ist, bleibt unbeweglich sitzen.) Bedouce führte weiter aus: Ich zürne nicht meinem Kollegen Delcasse, der unter Land unter Bedingungen verließ, die wir heute noch nicht kennen. (Stürmischer Beifall.) — Nach weiteren Ausführungen von der Rechten, die jedoch für die Regierung stimmen zu wollen erklärte, wurde die Tagesordnung unter andauernder Unruhe angenommen. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt: Interpellation über die Kohlennot.

Wie England die Neutralen behandelt.

W.B. Kopenhagen, 28. Jan. „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Am letzten Halbjahr sind die Kaffeearbeiten nach Schweden vollständig eingestellt worden, da England unverdächtig jede für Schweden bestimmte Kaffeeladung beschlagnahmte. Man befürchtet baldigen vollständigen Kaffeemangel in Schweden.

Das russische Exil der rumänischen Regierung.

W.B. Berlin, 28. Jan. Einer Stockholmer Depeche des „Berliner Tageblatts“ zufolge bringt der „Russelektor“ die Nachricht, daß der König von Rumänien mit seinem ganzen Hof Katerinoslaw in Südrussland als Residenz für sein Exil gewählt habe, wo er den Botschaftsminister beziehen werde. Regierung, Parlament und Ministerien würden teilweise nach Katerinoslaw, teilweise nach Cherson überstellen. — Die russische Regierung befindet sich alle Banken aus Kassa, bereits auf russischem Boden. Für Rumänien sei der Kurs mit 2,66 Lei für einen Rubel festgesetzt worden.

Wassersand des Rheins.

29. Januar. Einvernehmlich 1,21 m, auf 10 cm, West 2,21 m, auf 10 cm, Moran 3,83 m, auf 9 cm, Mannheim 3,70 m, auf 11 cm.

Briefkasten der Redaktion.

L. G. hier. Gedicht „Von den deutschen Frauen“ nicht verwendbar.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Rechte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Adel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Die Bad. Kriegserziehung mußte der gleichzeitig großen Konkurrenz wegen auf 27. April verlegt werden, wie uns das Posthaus Köln mitteilt.

